

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Im Bromberg mit Postkredit vierteljährlich 14,00 Rl., monatl. 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Rl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Rl., monatl. 5,36 Rl. Unter Streichband in Polen monatl. 8 Rl., Danzig 3 Rl. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.

Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einvalige Millimeterzeile 15 Groschen. Die einzellige Kolumnenzeile 100 Groschen. Danzig 10 bzw. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Blätter und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertgebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Börschekonten: Bremen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 12.

Bromberg, Dienstag den 15. Januar 1929.

53. Jahrg.

Die russische Antwort auf die polnische Note.

Schnelligkeitsrekord auf dem Gebiet des diplomatischen Notenwechsels.

Warschau, 14. Januar. Die Antwort Litwinows auf die polnische Note vom 10. Januar d. J. ist bereits am Freitag abend dem interimistischen polnischen Geschäftsträger in Moskau Zieleński überreicht worden. Da Herr Zieleński frank war und das Bett hüten musste, konnte er den Vertreter Litwinows nicht empfangen. Die Note nahm ein Vertreter Zieleńskis entgegen, und sie wurde dann dem franken Geschäftsträger im Bett vorgelegt, der alsbald die Weiterleitung des Schriftstücks nach Warschau veranlaßte. Hierbei fällt die ungewöhnlich kurze Zeit auf, die das sowjetrussische Außenkommariat zur Beantwortung der Note Polens benötigt hatte. Die polnischen Blätter sind über die Schnelligkeit überrascht und bezeichnen die Note als eine Rekordleistung auf dem Gebiet des diplomatischen Noten austausches. In der Antwortnote heißt es — nach der Poln. Telgr. Agentur — u. a.:

Die Regierung des Verbandes der Sozialistischen Räterepubliken nimmt mit Beschiedigung von der Erklärung der polnischen Regierung Kenntnis, in der diese ihren guten Willen zum Ausdruck bringt, gründlich den Vorschlag auf Belebung und Erneuerung des Infrastrukturens des den Krieg verurteilenden Pariser Paktes für die Sowjetunion und die Republik Polen anzunehmen. Nichtsdestotrotz

spricht die Sowjetregierung ihr Bedenken darüber aus, daß in der erwähnten Note der polnischen Regierung nicht das Einverständnis enthalten ist, den Vorschlag der sowjetrussischen Regierung unverzüglich zu verwirklichen, obgleich er beiden Seiten keine neuen Verpflichtungen auferlegt, die sie bereits auf Grund des Pariser Vertrages auf sich genommen haben. Dieser Vorschlag schien der Sowjetregierung so klar und einfach, daß sie sich für berechtigt hielt, eine einfache und klare Antwort zu erwarten. Die polnische Regierung war so liebenswürdig, eine Reihe von Tatsachen anzuführen, die nach ihrer Ansicht ein Hindernis für die Unterzeichnung des von der Sowjetregierung vor geschlagenen Protokolls durch Polen bilden...

Die polnische Regierung gibt ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Note der Sowjetregierung vom 29. Dezember die Verhandlungen kurz erwähnt, die zuvor zwischen der Sowjetregierung und Polen in der Frage des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes geschweift haben, wobei es die polnische Regierung für angezeigt hält, den Vorwurf zu erheben, daß der Gang dieser Verhandlungen ungenau dargelegt worden sei. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Sowjetregierung seinerzeit der Republik Polen und den baltischen Staaten eine gleichzeitige proportionelle Verringerung der bewaffneten Kräfte vorgeschlagen hatte, daß jedoch dieser Vorschlag durch diese Mächte abgelehnt wurde. Die Sowjetregierung schlug dann denselben Staaten die Unterzeichnung von Nichtangriffspakten und von Abkommen vor, durch welche die Staaten auf die Teilnahme an feindlichen Gruppierungen verzichten. Dieser Vorschlag enthielt keine Bedingungen und auch nicht eine Regelung irgend welcher anderer Fragen, die Sowjetrußland hätten interessieren können. Die polnische Regierung lehnte jedoch, indem sie eine Reihe von Bedingungen stellte, den Vorschlag der Sowjetregierung auf den gegenseitigen vorbehaltlosen Verzicht des Angriffs ab. Dies war der wirkliche Verlauf der erwähnten Verhandlungen und das wird auch niemand bestreiten können. Es ist überflüssig, an dieser Stelle über die Motive zu diskutieren, die die polnische Regierung bewogen haben, den Nichtangriff mit diesen oder jenen Bedingungen zu verknüpfen, die den Abschluß des Paktes unmöglich machen. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß die polnische Regierung die Unterzeichnung des Pariser Paktes über die Kriegsschärfung an keine Bedingungen geknüpft hat. Gerade dieser letzte Umstand, d. h. die Unterzeichnung des Pariser Paktes durch die polnische Regierung ohne jegliche Vorbehalte eines Paktes, dem auch der Verband der sozialistischen Räterepubliken beigetreten ist, hat die Sowjetregierung bewogen, sich an Polen mit dem Vorschlage vom 29. Dezember zu wenden. Die Sowjetregierung war der Meinung, daß, sofern Polen es für möglich erachtet, in seinen Beziehungen mit dem Sowjetverbande die Verpflichtung des Vertrags auf den Krieg ohne jegliche Vorbehalte auf sich zu nehmen, es keine Bedingungen mehr stellen wird, um so schnell als möglich diesen Verpflichtungen formelle Kraft zu geben. Der letzte Absatz der polnischen Note kann jedoch in dem Sinne ausgelöst werden, daß

die polnische Regierung die Unterzeichnung des Protokolls, davon abhängig macht, daß auch andere Staaten sich an diesem Protokoll beteiligen.

Diese Bedingung ist um so unverständlich, als der Pariser Pakt im Falle seiner Ratifizierung durch die 15 Staaten, die ihn unterzeichnet haben, zwischen Polen und der Sowjetunion automatisch in Kraft tritt, ganz gleichgültig, ob sämtliche Baltenstaaten diesem Pakt beitreten. Es ist schwer verständlich, weshalb Polen nicht ohne jegliche Vorbehalte diefeßen Verpflichtungen übernehmen könnte, auf den Krieg im Verhältnis zum Verbande der sozialistischen Räterepubliken unverzüglich vor der Ratifizierung des Paktes durch die übrigen 14 Mächte zu verzichten. Die Sowjetregierung ist fest davon überzeugt, daß die Unterzeichnung des vorgeschlagenen Protokolls, zumindest durch Polen und den Verband der sozialistischen Räterepubliken, nicht allein der Konsolidierung der friedlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten große Dienste leisten, sondern darüber hinaus zu dem mächtigsten

Friedensfaktor in ganz Osteuropa werden würde. Wenn aber die polnische Regierung diese Ansicht über die Tragweite eines ständigen Friedens zwischen dem Verbande der sozialistischen Räterepubliken und Polen nicht teilt, und es für erwünscht hält, daß andere Staaten Osteuropas sich an diesem Protokoll beteiligen, so können ihre Einwände nur dann begründet und verständlich erscheinen, wenn die Sowjetregierung irgendwelche Schwierigkeiten bei der Teilnahme dieser Länder an dem von ihr vorgeschlagenen Protokoll machen würde.

In Wirklichkeit hat jedoch die Sowjetregierung in ihrer Note vom 29. Dezember in einer absolut klaren Form, die keine zweideutige Interpretation zuläßt, erklärt, daß jeder Staat, der dies wünscht, dem Protokoll beitreten kann. In dieser Note hat sie überdies dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß sämtliche Nachbarstaaten an dem Protokoll teilnehmen möchten. Dieselbe Note betont, daß sich die Sowjetregierung vorläufig mit einem analogen Vorschlag nur an Litauen und nicht auch an die übrigen Baltenstaaten gewandt hat, lediglich aus dem Grunde, daß diese Länder nach den erhaltenen Informationen formal dem Pariser Pakt noch nicht beitreten sind. Die polnische Regierung sollte es verstehen, daß es unmöglich ist, sich mit dem Vorschlag auf unverzügliche Inkraftsetzung des Paktes an die Länder zu wenden, die ihn nicht unterzeichnet haben oder ihm nicht beitreten sind. Die polnische Regierung spricht in ihrer Note vom 10. Januar die Bevölkerung darüber aus, daß sich die Sowjetregierung an Litauen mit dem Vorschlag gewandt hat, an dem Protokoll teilzunehmen, wiewohl Litauen auf Grund des Nigaer Vertrages dem Sowjetverbande nicht direkt verbunden sei.

Die Sowjetregierung könnte mit viel größerem Recht ihrer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß die polnische Regierung eine Einladung Estlands und Finnlands zur Teilnahme an dem Pakt fordert, die territorial weitester von den Grenzen Polens entfernt sind.

Doch der Unterschied beruht darauf, daß zwischen dem Verbande der sozialistischen Räterepubliken einerseits und Estland und Finnland andererseits keine kriptive Frage besteht, die Grund zu der Befürchtung geben könnte, daß der Friede zwischen diesen Staaten in Gefahr ist, was man von den zwischen Polen und Litauen bestehenden Beziehungen nicht sagen kann.

Noch in einem verhältnismäßig nicht allzu ferien Zeitabschnitt weckten die polnisch-litauischen Beziehungen ernste Befürchtungen über das Schicksal des europäischen Friedens und Polen selbst bemühte sich im Böllerbund, das Ende des zwischen ihm und Litauen bestehenden Kriegszustandes zu erreichen. Die Sowjetregierung nahm daher an, daß Polen die an die litauische Republik gerichtete Einladung, an dem Protokoll teilzunehmen, nur mit Freuden begrüßen wird. Die polnische Regierung erklärt selbst in ihrer Note, daß die baltischen Staaten nur in dieser oder jener Form ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hätten, dem Kellogg-Pakt beizutreten, und man kann daraus schließen, daß dieser Beitritt noch nicht erfolgt ist. Vor der Absendung der Note vom 29. Dezember an die polnische Regierung und vor allem nach der Absendung dieser Note bemühte sich die Sowjetregierung auf diplomatischem Wege, den formellen Standpunkt der Baltenstaaten zu dem Pariser Pakt zu soadieren, ihre Bemühungen haben jedoch leider kein günstiges Ergebnis gezeigt. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß eine strikte umschriebene formelle Prozedur in der Frage des Beitritts zu irgend einem Vertrag bestehen müßte. Als die Sowjetregierung die Einladung zur Teilnahme am Pariser Pakt erhalten hatte, wurde ihr in Beantwortung ihrer Anfrage erklärt, in welcher Form der Akt des Beitritts zu dem erwähnten Pakt angesetzt und unterzeichnet werden soll. Nach dem Beitritt zum Pariser Pakt wurde die Sowjetregierung dank der gütigen Vermittelung der französischen Regierung darüber informiert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Akt des Beitritts des Verbandes der Sozialistischen Räterepubliken zur Kenntnis genommen hat, und daraufhin wurde der Sowjetregierung eine von Kellogg besiegelte Abschrift des Pariser Paktes zugesandt. Wenn dieselbe Prozedur alle dem Pakt beitretenen Staaten verpflichtet, so scheint die Feststellung nicht schwer, welche baltischen Staaten dem Pakt beigetreten sind. Bis jetzt hat die Sowjetregierung lediglich Kenntnis von der offiziellen Notifizierung der litauischen Regierung in der Frage des Beitritts zum Pariser Pakt. Übrigens wäre die Sowjetregierung, sobald die Regierung irgend eines anderen baltischen Staates ihre offizielle Erklärung über den Beitritt zum Pakt abgeben würde, bereit, sich unverzüglich an sie mit der Einladung zum Beitritt zu dem von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Protokoll in Sachen des unverzüglichen Inkrafttreten des Paktes zu wenden. Die Sowjetregierung setzt inzwischen ihre Bemühungen fort, um den Standpunkt der baltischen Länder zu dem Pariser Pakt zu klären. Die Sowjetregierung weiß, daß die litauische Regierung nach derselben Richtung hin tätig ist, und sie wäre glücklich, zu erfahren, daß die polnische Regierung analoge Bemühungen unternimmt. Ebenso wäre, sofern Rumänien, mit dem die Sowjetregierung diplomatische Beziehungen nicht unterhält, sich unter den Staaten befinden sollte, die formal dem Pariser Pakt beigetreten sind, die Sowjetregierung bereit, es zum Beitritt zu dem vorgeschlagenen Protokoll einzuladen. Es ist klar, daß die Sowjetregierung bei ihrem Beitritt zum Pariser Pakt vollkommen mit der Tat sache gerechnet hat,

dass sie gegenüber Rumänien die Verpflichtung auf sich nimmt, auf kriegerische Methoden zur Regelung von Konflikten zu verzichten, mit dem Augenblick allerdings, da Rumänien dem Pakt beitrete, wenngleich dies das Bestehen von strittigen Fragen durchaus nicht ausschließt.

Die Sowjetregierung kann daher keine Vorbehalte gegen die unverzügliche Inkraftsetzung dieser Verpflichtung zwischen ihr und der rumänischen Regierung auf dem Wege des Beitritts dieser Regierung zu dem sowjet-russisch-polnischen Protokoll haben, was übrigens der vierte Paragraph dieses Protokolls vorsieht. Die Sowjetregierung wäre der polnischen Regierung ungemein dankbar, wenn sie ihr sobald als möglich von dem formellen Beitritt Rumäniens zum Pariser Pakt sowie davon Mitteilung mache, ob Rumänien damit einverstanden ist, sich an dem von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Protokoll zu beteiligen. Der Hinweis auf Rumänien kann daher nicht als genügend dafür angesehen werden, daß die polnische Regierung die unverzügliche Verwirklichung des sowjetrussischen Vorschlags ablehnt. In Anbetracht dessen jedoch, daß der sowjetrussische Vorschlag die unverzügliche Inkraftsetzung des Pariser Paktes über die Kriegsschärfung zumindest zwischen einigen Staaten zum Ziele hat, gibt die Sowjetregierung ihrer Befürchtung Ausdruck, daß der anscheinende Standpunkt oder auch die Absage von Seiten dieses oder jenes Staates, das Protokoll zu unterschreiben, das Inkrafttreten dieses Protokolls und in der Folge auch des Pariser Paktes zwischen den Staaten, die ihm unterstellt haben, verhindern könnte.

Die Note der polnischen Regierung führt als zweites Hindernis auf dem Wege der Verwirklichung des Vorschlags der Sowjetregierung die Pflicht der solidarischen Ratifizierung des Protokolls an, die sich für die ursprünglichen Teilnehmer im Wortlaut des Pariser Paktes ergibt. Die Sowjetregierung findet eine Verpflichtung dieser Art im Pariser Pakte nicht, da dieser Pakt nirgends erwähnt, daß jede Ratifizierung durch die Staaten, die ihn unterzeichnet haben, gleichzeitig oder auch auf Grund irgend eines festgelegten Verfahrens zu erfolgen hat. Dieser Pakt enthält gegenüber seinen Teilnehmern keine Beschränkungen bei dem Abschluß von anderen Verträgen zwischen ihnen, deren Wortlaut mit dem Pariser Akt nicht im Widerspruch stehen würde. Im gegebenen Falle würde die Sowjetregierung lediglich die Inkraftsetzung dieses Pariser Paktes zwischen zwei Staaten oder Staatengruppen vor. Wenn die Initiatoren des Traktats oder die Teilnehmer an dem letzteren die bestehenden friedlichen Beziehungen zu festigen und den Krieg aus der internationalen Praxis auszuschließen wünschen, werden sie nicht gegen Abkommen Einspruch erheben können, die denselben Zweck verfolgen. Die Sowjetregierung nimmt an, daß sowohl das russische als auch das polnische Volk mit Rücksicht auf ihre Interessen und friedlichen Aspirationen es nicht zulassen können, daß ihnen dritte Staaten in der Frage des Verzichts auf den Krieg als Werkzeug der internationalen Politik Hindernisse bereiten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich ein dritter Staat finden wird, der es sich gestatten würde, die erwähnten Hindernisse offen zu stellen.

Indem die polnische Regierung bestätigt, daß noch keiner der anderen Staaten, die den Pariser Pakt unterzeichnet haben, ihn bis jetzt ratifiziert hat, gibt sie in ihrer Note der Hoffnung Ausdruck, daß der Standpunkt dieser Mächte zu diesem Traktat in aller nächster Zeit geklärt werden wird. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß diese Hoffnung Polen nicht daran hindern sollte, den Vorschlag der Sowjetregierung anzunehmen. Die Tatsache der Unterzeichnung des vorgeschlagenen Protokolls behält ihre sehr große moralische Bedeutung für die gegenwärtigen sowjet-russisch-polnischen Beziehungen auch dann, wenn die Hoffnung der polnischen Regierung hinsichtlich des Inkrafttretens des Pariser Traktats zu optimistisch wäre. Die Unterzeichnung des Protokolls wird eine um so größere Bedeutung haben, wenn die Ratifizierung des Pariser Paktes durch alle 15 Staaten sich aus diesen oder jenen Gründen länger verzögern würde.

Indem sich die Sowjetregierung gestaltet, obige Darlegungen der polnischen Regierung zur Beachtung zu empfehlen, erwartet sie die baldmöglichste Klärung des endgültigen Standpunktes der Regierung der Republik Polen zu dem vorgeschlagenen Protokoll und die Mitteilung von der Bereitwilligkeit der polnischen Regierung zur Annahme dieses Vorschlags.

*

Kommentare der Sowjetpresse.

Moskau, 13. Januar. Die Sowjetpresse läßt keinen Zweifel darüber, wie Litwinows Antwortnote an Polen zu verstehen ist: nämlich als Beschuldigung, Polen wolle ausweichen und das Zustandekommen des Friedenspaktes verschleppen.

Die offizielle „Iswestija“ bezeichnet darüber hinaus die Gründe, denen dieser Verschleppungsversuch zuzuschreiben sei. Das Blatt sagt: „Weil wir unsere Antwort bereits einen Tag nach dem Eintreffen der polnischen Note erteilt haben, werden wir gewiß neuerdings von der polnischen Presse angegriffen werden wegen der Eile, mit der die Sowjetregierung auf schlechte Ausführung ihres Vorschlags drängt. Aber alle aufrichtigen Friedensfreunde sind mit uns. Wir wollen nicht die Geschäfte derer beorgen, die auf eine Verzögerung der Friedensgarantien im Osten spekulieren, sei es auch nur für einige Monate, um sich die Freiheit zu bewahren, einen Krieg entgegen zu können. Wir wollen auch denen nicht helfen, die hoffen, daß der Kellogg-Pakt schließlich doch nicht zustande kommt, oder die darauf rechnen, daß seine Ratifizierung hinausgezögert wird. Wir wiederholen, es gibt nach dieser zweiten Note der Sowjetregierung keinen Raum mehr für Kaukasus und Binkelzüge. Alle Fragen sind klar gestellt, alles, was der polnischen Regierung dienlich sein kann, um eine Entscheidung zu treffen, steht zu ihrer Verfügung. Wir erwarten eine klare, schnelle und entscheidende Antwort auf unseren Vorschlag.“

Das Organ der Roten Armee sagt, wenn der Sowjetvorschlag formale Sünden enthielte — tatsächlich gebe es diese nicht —, selbst dann dürfe und könnte die Frage des Friedens in einer der gefährdeten Gegenden Europas nicht in einen Ozean formaler Auseinandersetzun-

gezogen werden. Trotzdem habe die Sowjetregierung es für nötig gehalten, in ihrer neuen Note die Bedürfnisse Polens auf der Linie diplomatischer Prozedur zu befriedigen, indem sie sich in keiner Weise um die Entzifferung der Frage bemüht habe, was hinter der polnischen Formulierung eigentlich verborgen sei.

Die Wirkung der zweiten Sowjetnote.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 14. Januar.

Die heute von der Presse veröffentlichte Antwort der Sowjetregierung auf die polnische Note hat auf die politischen Kreise in Warschau einen sehr starken Eindruck gemacht. Dass die polnische Note etwas unglücklich war, darüber herrsche im denkenden Publikum — auch die berufsmässig verpflichteten Vorbereiter des derzeitigen Außenministers vielleicht nicht ausgenommen — so ziemliche Einmütigkeit. Man hat sich aber einer so glänzenden und vollkommenen Befreiung der polnischen Vorbehalte, wie sie die zweite russische Note durchführt, nicht verschenkt. Daher die einfliegende Wirkung der russischen Antwort, die in allen politischen Kreisen sehr lebhaft besprochen und als Beweis dafür betrachtet wird, wie gründlich und vielseitig Moskau seinen diplomatischen Vorstoß durchdacht hat. Die russische Note stellt alle Ausgänge, die eine dilatorische Taktik mit Erfolg benutzen könnte. Wenn sich Polen in eine eingehende Befreiung aller von Russland ins Treffen geführten Argumente einlässt, kann sich daraus nur ein Vorteil für die russische Position ergeben; denn Polen muss doch schließlich aus der formalen Kausituation heraus und irgendeine meritovore Feitstellung machen, die jedenfalls Russland zugute kommen muss. Gede abhängend die Bewegung Polens ist geeignet, als eine Haltung gewertet zu werden, die in ihrer weiteren Wirkung die Möglichkeiten der endgültigen Realisierung des Kelloggabtes zu beeinträchtigen vermöchte.

Schon dadurch, dass Polen die Gemeinsamkeit des Vorhabens mit Rumänien und den Baltischen Staaten hinsichtlich der Unterzeichnung des angebotenen Protokolls betont, befindet es sich prinzipiell im Nachteil. Polen ist doch nur für seinen eigenen Friedenswillen verantwortlich und hat vor allem auf seine eigene Sicherheit gegen Kriegsgefahren bedacht zu sein. Bündnisverträge werden von Staaten entweder aus Selbstverteidigungsgründen oder zu Eroberungszwecken, nie jedoch zu Wohltätigkeitszwecken geschlossen. Wenn aber bestehende Bindungen Polen dazu verpflichten, Rumänien und die baltischen Staaten zum Mitgenuss des Friedens heranzuziehen, so wären diesbezügliche Schritte Polens bei den genannten Staaten gerade das, was nach dem Wortlaut der zweiten russischen Note der russischen Regierung ganz besonders erwünscht sei.

Man hat den Eindruck, als ob die russische Initiative nicht so sehr eine plausible Geisteseruption des Volksministers Litwinow, als vielmehr eine von langer Hand vorbereitete und von amerikanischer Beeinflussung nicht ganz freie Aktion sei, die Tragfähigkeit des europäischen Bodens mit Rücksicht auf gewisse Perspektiven gründlich zu prüfen.

Der heutige "Glos Prawdu" bringt einen, der zweiten russischen Note gewidmeten Leitartikel, dessen fehlamer Gedankengang einen recht verstörten Gemütszustand, der durch die Note verursacht wurde, widerspiegelt. Die Gemütsstimmung ist bezeichnend — nicht für den Verfasser des Artikels, den berüchtigten Stypczynski, der nur ein Sprachrohr ist. Dem Herrn Stypczynski missfällt die Note zunächst als stilistisch eitel: auch sei sie ein zu langes Elaborat, von dessen Veröffentlichung er absehen müsse, aus Angst, die Leser zu ermüden. Er erachtet es lieber durch sein eigenes weitreichendes und exquites Elaborat, das ein reichliches Maß von Schmähungen, aber kein einziges verständliches Argument enthält. Seiner Rede Schluss ist der, dass die polnische Regierung nicht zu antworten brauche, bevor sie sich nicht mit Rumänien und den Baltischen Staaten verständigt habe und der Standpunkt aller Signatarmäthe des Kelloggabtes bezüglich des angebotenen Protokolls geklärt worden sei.

Wenn das die Meinung einer maßgebenden Stelle sein sollte, so ist die eindeutig genug. Das Warten lassen wäre in diesem Falle — eine Ablehnung. Und es ist auch sehr möglich, dass den Plänen der Sowjets damit am besten gedient wäre.

Der in Sachen des Notenaustausches zwischen Polen und den Sowjets in Warschau weilende Gesandte Patek reist am 16. d. M. nach Moskau zurück. Noch am heutigen Tage finden im Hinblick auf die zweite russische Note unter Teilnahme Pateks Konferenzen der Regierung statt, die die endgültige Festlegung des Standpunktes Polens zum Zwecke haben.

Die Befestigung der Westgrenze.

Unter Berufung darauf, dass Frankreich trotz des Rheinlandes seine Grenzen im Osten erheblich zu verstärken beabsichtigt und dafür 6 Milliarden Franken jenseitig soviel wie 2 Milliarden Zloty für diesen Zweck in Aussicht genommen hat, plädiert der "Kurier Poznański" in seiner Nr. 18 vom 11. Januar für die Befestigung der polnischen Westgrenzen. In dem Artikel heißt es:

Wenn der Verlauf der politischen Ereignisse sich nicht noch ändert, kann man schon in diesem Jahre die Rückwendung des Rheinlandes erwarten. In dieser Voraussicht ist der französische Generalstab an den Ausbau eines Fortifikationssystems an der deutsch-französischen Grenze herangetreten. Der Ausbau ist auf eine Reihe von Jahren berechnet. Die Bemühungen der französischen militärischen Kreise bilden ein Zeugnis dafür, dass die Bedeutung der Festungen im neuzeitlichen Kriege durchaus nicht geringer geworden ist. Bekannt ist, welche Rolle die Festung Verdun im Kriege gespielt hat, wodurch, wie man wohl sagen kann, Frankreich und Europa vor der deutschen Hegemonie bewahrt wurden. (Ist Europa heute so glücklich? D. R.) Der Sieg an der Marne im Jahre 1914 ermöglichte das Vorhandensein eines starken Schuttpanzers vor den Mauern von Paris, was das Verdienst des Generals Gallieni war. Jeder, der im letzten Band der Erinnerungen Poincarés "Die Invasion" kennen gelernt hat, d. h. die deutsche Offensive im Jahre 1914, der weiß, welche großen Gefahren Frankreich bedrohten: durch die Überflügelung seiner Armeen, durch die oft wiederholten deutschen Manöver von Norden her, und deren anfängliches

Und Polen? Ist denn unsere Westgrenze gesichert? Besitzen wir hier ein neugeschaffenes Schutzsystem? Arbeiten wir an der Befestigung unserer Westgrenze, obgleich die Rheinlande vorliegt? Wir können uns hier, damit man uns nicht partei-politischen Rücksichten beschuldigt, auf den regierungsfreudlichen "Kurier Poznański" beziehen, der unlängst festgestellt hat, dass in dieser Beziehung bei uns nichts oder fast nichts getan wird. Wir wollen uns nicht in Einzelheiten einlassen; denn das gehört nicht zu unserer Aufgabe und auch nicht zu einer öffentlichen Diskussion. Es handelt sich für uns nur um eine grundzähligliche Stellung der Frage. Wenn das starke und reiche Frankreich, dessen Grenzen durch den Vertrag vom Zo-

caro und durch die Habschichten Englands und Italiens gesichert sind, dennoch in Voraussicht der Rheinlandeinnahme keine Grenzen befestigt, was soll man da von Polen sagen, gegen das Deutschland offen seine Angriffe mit immer größerer Dreistigkeit richtet (wo denn, ihr Angsthäuser?) und das offensichtlich seinen Willen durchsetzen wird, wenn die Rheinlandeinnahme ihm die Hände vollständig freimacht. Man sagt, wir seien zu schwach, um der allgemeinen politischen Strömung, die in Vucano entstanden ist, entgegenzuwirken. Aber wir haben doch wohl soviel Macht, um uns mit eigenen Mitteln zu schützen. Es handelt sich um die gute Abriegelung unseres Hauses, damit kein Dieb eintritt. Es ist dies die Sorge jedes guten Haussvaters.

Das jetzige Geschlecht wird eine große Verantwortung für unsere Schutzwacht übernehmen. Es ist jetzt die höchste Zeit. Nach der Rheinlandeinnahme wird die Lage in Europa sich grundsätzlich verändern. Wir müssen daran denken, dass ein gut befestigtes Land den Feind vom Angriff abhält und damit dem Frieden dient. Nichts kostet den Gegner mehr als ein wehrloses offenes Land. Im Falle eines Krieges schützt ein Fortifikationsystem den Staat vor der Invasion feindlicher Kräfte, die Vernichtung nach sich zieht, und vor zu großem Blutvergießen. Das Geld, das dazu verwendet wird, den Staat mit einem Schutzwand zu versehen, ist eine gute Kapitalanlage. Das Geld dafür muss sich bei uns finden. Die polnische öffentliche Meinung, namentlich die in den Westgebieten, muss die Förderung ausspielen, dass noch in der heutigen Sejmssession in das Budget entsprechende Summen zur Befestigung unserer Westgrenze eingeplant werden.

Gelingt nur dadurch möglich, dass es in den Nord-departements Frankreichs und namentlich bei Lille an einem Fortifikationsobjekt fehlt. Wenn der Schutz Frankreichs damals besser gewesen wäre, hätte die deutsche Armee nicht so weit in französisches Land eindringen können, und es hätte auch nicht soviel Opfer an Menschen gegeben. Nach dem Kriege ist außer in Frankreich ein Fortifikationsystem großen Maßstabes in den amerikanischen Staaten zur Anwendung gekommen; man baut auch in Belgien Festungen, und selbst Deutschland bemühte sich darum, die Festungen von Königsberg, Küstrin und Glogau auszubauen. (Die letzte Behauptung ist eine freie Erfindung. D. R.)

Das Dekret über die Gerichtsverfassung im Senat.

Warschau, 13. Januar. Die gestrige Sitzung des Senats wurde hauptsächlich mit der Diskussion über das Gerichtsverfassungsdekret ausgeschöpft. Im Namen des nationalen Klubs forderte Senator Glański, das Sejmprojekt zu beschließen, dagegen stellte Senator Posener den Antrag, dass das Dekret vom 1. Januar d. J. ab verpflichten solle mit Ausnahme der Artikel, über die man im Sejm vorbehalt erhoben hatte. Der von der Linken unterstützte Antrag des nationalen Klubs wurde abgelehnt, dagegen fand mit den Stimmen des Regierungsklubs und der Christlichen Demokratie der Antrag der Kommission Annahme, durch den verschiedene Änderungen im Sejmprojekt angekündigt werden.

Der Bericht Prof. Krzyzanowskis.

Prof. Adam Krzyzanowski, der in Krakau weilt, hat den Sejmarschall Dąbrowski von seinem Bericht auf den Vorsitz in der Finanzkommission des Sejms und auf das Generalreferat über das Staatsbudget schriftlich benachrichtigt. Er motivierte seinen Bericht mit einem schweren Krankheitsfall in seiner Familie. Prof. Krzyzanowski behält jedoch sein Abgeordnetenmandat. Das Generalreferat über das Budget hat von Amts wegen der Vorsitzende der Budgetkommission Abg. Byrka übernommen.

Besetzung von Starosten in Pommerellen.

Warschau, 14. Januar. Der Starost in Konitz Sewerni Weiß wurde auf die Staroste nach Memel verfehlt. Zu seinem Nachfolger wurde der Referendar Różka vom Wojewodschaftsamt in Posen ernannt. Der Starost Lemanićki in Memel wurde als Wojewod schatzrat an das Wojewodschaftsamt in Thorn berufen.

Die neue Proscriptionsliste.

Warschau, 14. Januar. Der Plan der freiwilligen und zwangsweise Parzellierung für das Jahr 1929/30 wurde, wie die polnische Presse meldet, von den interessierten Regierungsstellen bestätigt. Sie dürfte in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommen.

Hermes nach Berlin zurückschickte.

Warschau, 14. Januar. Wie der jüdische "Ras Przeglad" meldet, traten die polnische und die deutsche Delegation für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen am Freitag und Sonnabend dreimal zusammen. Am Sonnabend abend ist Minister Dr. Hermes nach Berlin zurückgekehrt, um die Ergebnisse dieser zweitägigen Beratung seiner Regierung mitzuteilen.

Da der polnische Standpunkt über die Bedingungen des Abschlusses eines deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen endlich bekanntgegeben ist, wird es jetzt von der Entscheidung der deutschen Regierung abhängen, ob die beiden Delegationen an die sachlichen Kommissionsarbeiten herantreten werden.

Dietrich Schäfer †.

Der bekannte deutsche Historiker Geheimrat Professor Dr. Dietrich Schäfer ist am Sonnabend im 84. Lebensjahr in Berlin gestorben. Dietrich Schäfer war der Sohn eines Arbeiters, der sich durch Selbststudien die Universitätslaufbahn erkämpfte und zuletzt als Ordinarius für mittelalterliche Geschichte an der Universität Berlin weithin bekannt und der Verfasser seiner berühmten "Deutschen Geschichte" und "Der Weltgeschichte der Neuzeit" wurde. Politisch stand Dietrich Schäfer, der früher nationalliberal gewesen war, zuletzt auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei. Als Historiker und Mensch wusste er jedoch auch seinen Gegnern Achtung abzugeben.

6000 Indianer im Aufstand.

New York, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In Ecuador (Südamerika) ist ein Indianer-Aufstand ausgebrochen, an dem sich 6000 Mann beteiligen. Es ist zu blutigen Zusammenstößen mit Regierungstruppen gekommen. Die Regierung hat Militärverstärkungen ins Aufmarschgebiet entsandt.

Wohlbelebte Menschen können durch gewissenhaften Gebrauch des natürlichen "Franz-Josef"-Bitterwassers ausgiebigen Stuhlgang ohne Anstrengung erleben. Zahlreiche fachärztliche Berichte bestätigen, dass auch Gichtleidende und Zuckerkranken mit der Wirkung des Franz-Josef-Wassers sehr zufrieden sind. In Apoth. und Drogh. erhältlich. (1565)

Die serbische Diktatur. Wer ist Ministerpräsident Sivkowitsch?

Der Ministerpräsident und gleichzeitige Innenminister Divisionsgeneral Vera Sivkowitsch, der als das Haupt der großserbischen Hoffmannschaft bezeichnet wird und als solches den größten Anteil an der Bildung der Diktatur hatte, blieb — nach einem Bericht der "Deutschen Zeitung" — auf ein bewegtes Leben zurück. Er war Chef der Königlichen Garde und Chef der militärischen Geheimorganisation "Weiße Hand". So zuletzt. Früher betätigte er sich aber einmal anders. Im Jahre 1903 ließ Sivkowitsch als junger Kavallerie-Offizier die Verschwörer in den Königspalast hinein, die dann den König Alexander und die Königin Draga ermordeten. Er war damals Mitglied der Verschwörerorganisation "Schwarze Hand". Als dann im Jahre 1911 diese Verschwörerorganisation andere Formen annahm und sich den Namen "Vereinigung oder Tod" beilegte, geriet Sivkowitsch mit dem geistigen Führer dieser Geheimorganisation, Oberstleutnant Dimitrijevitsh Apis aus verletzter Eitelkeit in Streit, weil dieser ihm nämlich nicht die ihm passende Stellung in dieser Organisation zuwies. Sivkowitsch bildete darauf mit verschiedenen anderen Offizieren die Geheimorganisation "Weiße Hand", die enge Beziehungen zum Ministerpräsidenten Sivkowitsch unterhielt. Sivkowitsch wurde nach dem Balkankrieg Adjutant des Königs Peter und benützte seine Anwesenheit am Hofe dazu, des Prinzen und seines Königs Alexander Sympathien für die "Weiße Hand" in jenseits für die "Weiße Hand" umzuwandeln. Während des Weltkrieges zeigte er es durch, dass seine ehemaligen Kameraden, den Mitgliedern der "Schwarzen Hand", der Prozeß gemacht und sein Rivale Dimitrijevitsh in Saloniki im Jahre 1917 erschossen wurde. Seither erfreut sich Sivkowitsch des größten Vertrauens des Königs.

Ein chilenischer Vulkan in Tätigkeit.

Großer Sachschaden.

Buenos Aires, 13. Januar. Seit einigen Tagen ist der chilenische Vulkan Galbuco in Tätigkeit. Die Eruptionen dauern mit voller Gewalt an. Der Aschenregen fällt bis weit auf argentinisches Gebiet. Die chilenische Regierung ließ die bedrohten Ortschaften und Häuser mit Hilfe der Kriegsmarine räumen. Verluste an Menschenleben scheinen nicht zu beklagen zu sein. Dagegen ist das Kulturland in unmittelbarer Umgebung des Vulkans, aber auch bis zu 100 Kilometern im Umkreis, von Aschenregen bedeckt. Der Sachschaden ist groß. Viele Touristen strömen herbei, um das grandiose Naturschauspiel des feuer speienden Vulkans zu beobachten.

Die Entscheidung der Mandchurie.

Die Erschiebung Yangtüting. — Japanseitliche Bewegung in Nordchina und der Mandchurie befürchtet.

Einer Meldung des "Berl. Tagebl." vom 12. d. M. aus Shanghai folge, dass der Hinrichtung Yangtüting und der Verhaftung seiner Freunde durch Tschanghsülang nicht die politische Tragweite beigemessen. Yangtüting galt als der Verfechter der Autonomie in der Mandchurie, sowohl Japan als auch Nanjing gegenüber. Im Gegensatz zu Tschanghsülang stand er der Ausbreitung der Kuomintang-Macht auf die Mandchurie und der Unterordnung Mukdens unter Nanjing feindlich gegenüber. Als fähigster politischer Kopf des Nordens, erfahrener Militär, Leiter des Mukdener Arsenals und langjähriger erster Berater Tschanghsülangs war er dessen Sohn Tschanghsülang schon lange unbehaglich und jetzt vielleicht gefährlich geworden. Ob die Zuspiitung der Beziehungen zwischen den Mukdener Machthabern und der russischen Verwaltung der östlichen Eisenbahnen mit der als Staatsstreich bezeichneten Hinrichtung zusammenhängt, ist nicht zu übersehen.

In Tokio hat die Erschiebung des Generals Yangtüting, der nach dem Tode Tschanghsülangs der Führer der japanischen Elemente der Mandchurie war, große Bestürzung hervorgerufen. Der General ist als ein Opfer der japanischen Politik in der Mandchurie zu betrachten. Er musste fallen, weil er die Wiedervereinigung des alten chinesischen Reichs aufzuhalten drohte. Der japanische Generalstab hat einen offiziellen Bericht aus Mukden empfangen, der die Erschiebung des früheren Generalstabschefs Tschanghsülangs bestätigt.

Die Chinesen kapern einen deutschen Dampfer.

Der "Voss. Blg." wird am 11. d. M. von ihrem China-Korrespondenten Erich v. Salzmann aus Wanhien gedreht.

Kapitän Smart wurde in meiner Gegenwart durch Bedrohung mit Erstickung gezwungen, den deutschen Dampfer "Fahrun" in Militärtransportservice zu stellen unter Befreiung einer drakonischen Depesche des zurzeit vor Tschingting kämpfenden Marshalls Yangtien. Diese Befreiung widerspricht den früheren Zusicherungen des Marshalls an die deutschen Linien auf freie Schifffahrt und freien Handel.

Kapitän Smart brachte als Gegenbegründung die Proklamation der Zentralregierung in Nanjing vor, dass weder chinesische noch fremde Schiffe in den Militärdienst gestellt werden dürfen. Ferner wies er auf den Mangel an Betriebsstoffen, sowie auf die in einem besonderen deutschen Meistbegünstigungsvertrag zugesicherte gegenseitige gleiche Behandlung hin. Jedoch wiesen Yangtien's Beamte alle Einwendungen unter tätlicher Bedrohung zurück und der Kapitän musste gehorchen. Er fuhr ohne Ladung ab. Der Eintritt der Dünkelheit erzwang das Antern. Trotz schärfster Einsprüche der Chinesen erwies es sich als unmöglich, die gewaltigen Stromschnellen in der Dunkelheit zu passieren.

In Deutschland

liest die

Deutsche Rundschau

für Februar einschl. Porto 2,50 Reichsmark.
Einzahlung auf Postcheck-Konto Stettin 1847.

Dies ins Kircheninnere eingedrungen war. Die Kirche wurde geöffnet und ein etwa 50jähriger Mann, aus der Lubliner Gegend stammend und in Gdingen beschäftigt, kniete und betete anscheinend. Er gestand schließlich, daß er 12 Zloty entwendet hätte. Er wurde der Polizei zur weiteren Veranlassung übergeben.

Podgora (Kreis Thorn), 12. Januar. Das hiesige Standesamt registrierte im Monat Dezember 9. die Geburten von 13 Jungen und 12 Mädchen. In demselben Zeitraum verstarben 17 Personen, darunter 10 Kinder im Alter bis zu 2 Jahren. Eheschließungen wurden nur drei vollzogen.

x Zempelburg (Sepolno), 13. Januar. Das Ergebnis der vom hiesigen Jagdverein am Mittwoch, 9., auf der Feldmark Grünlinde veranstalteten Trübbagd waren nur 8 Hasen. — Der letzte Freitag-Wochenmarkt war infolge der grimmigen Kälte — das Thermometer zeigte früh -20 Grad Celsius — nur schwach besucht und befehlt. Butter war zur Freude der Haushäuser im Preis gesunken und kostete 1,80—2,50, Eier 3,50—3,80 pro Mandel. Die Gemüse- und Früchtestände zeigten eine völlige Leere und nur wenig Fleisch wurde zu den bekannten Preisen angeboten. Der Handel auf dem ebenfalls mit nur wenigen aufgetriebenen Tischen beschickten Schweinemarkt war äußerst flau. Man forderte für acht Wochen alte Tiere 45—50 Zloty. Läufer waren nicht vorhanden. Bald nach 11 Uhr war der Markt bereits geräumt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* **Włocławek**, 13. Januar. Flammentod eines Kindes. Im Dorf Krajne Włoto, Kreis Włocławek, hatten zwei Kinder eines Försters, als sie unbeaufsichtigt im Hause waren, Feuer gemacht, durch das das Forsthaus eingehetzt wurde. Bevor jemand zu Hilfe eilte, war ein Kind bereits in den Flammen umgekommen.

Freie Stadt Danzig.

* Auf Grund geraten ist der italienische, 2860 Tonnen große Dampfer „Patria“ aus Genua außerhalb der Westmole in dem Brösener Hafen. Er konnte aber durch zwei hinzutreffende Schlepper wieder flottgemacht werden und wurde um 12 Uhr in den Hafen einlaufen. Der Grund des Auslaufens ist der, daß bei aufkommendem Nebel die Richtung auf die Hafeneinfahrt verschoben wurde und das Schiff abstam. — Auf Antrag des Hafenausschusses ist die Schiffahrt auf der Toten Weichsel oberhalb der Eisenbahnbrücke am Körnerhafen bis Einlage wegen zu starker Eisdecke geschlossen worden.

* **Bestrafter Kohlendiebstahl.** Die Entwendung von Gegenständen, die sich im Gewahrsam der Eisenbahn befinden, wird als schwerer Diebstahl angesehen und sehr streng bestraft. Das mußten auch zwei Arbeiterfrauen erfahren, die am Kaiserhafen Kohlen von einem Eisenbahnwagen warfen, um sie dann mitzunehmen. Die beiden Frauen wurden mit noch anderen Personen bei dem Diebstahl befreit und zur Anzeige gebracht. Sie standen nun vor dem Einzelrichter. Eine der Angeklagten wollte sogar mir deshalb auf den Wagen gestiegen sein, um sich anzusehen, wie die anderen Frauen die Kohlen hinunter warfen. Keine hatte aber die Schwere ihrer Tat bedacht. Wer einen Diebstahl auf einem öffentlichen Wege, einer Straße, einem öffentlichen Platz, einer Wasserstraße oder einer Eisenbahn begeht, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu 10 Jahren Zuchthaus bestraft. Der Richter ließ in diesem Falle größte Milde walten. Er verurteilte jede der Frauen zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis und gewährte ihnen Strafansetzung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zollfreiheit im deutsch-polnischen Handelsverkehr. Preise für 100 kg. brutto einztl. Sack franko Grenze Idum, Rawitsch, Lissa oder Beuthen transito mit laufender Zustellung: Rottlee, neuer, ohne Flachsäcke 26 Dollar; Weißklee, neuer, ohne Flachsäcke 31 Dollar; Schwedenklee, neuer, ohne Flachsäcke 50 Dollar; gefünder, trockener Raps 10,50 Dollar, Bitteriaerbien 9,10 Dollar, grüne Erbsen 9 Dollar, Rüde 5 Dollar, Peluschen 5 Dollar, blauer Mohr 15,50 Dollar. Gefragt sind Bitteriaerbien und Weißklee.

Zollfreie Einfuhr von Kalf-Salpeter. Im „Dienst Ustawa“ Nr. 1/1929 ist eine Verordnung erschienen, die besagt, daß Kalf-Salpeter (Pol. 103 des Zolltarifes, Punkt 3) mit Erlaubnis des Finanzministeriums bei der Einfuhr von Zoll befreit werden kann. Die Verordnung ist mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft getreten und bleibt bis auf Widerruf gültig.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verordnung im „Monitor Politi“ für den 14. Januar auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zloty am 12. Januar. Danzig: Überweitung 57,73 bis 57,88, bar 57,76—57,91. Berlin: Überweitung 56,19, Weizbaur 47,05—47,25, Rottweil 47,05—47,25, Bozen 47,05—47,25, bar gr. 46,875—47,225. Zürich: Überweitung 58,20. London: Überweitung 43,27. New York: Überweitung 11,25. Riga: Überweitung 58,75. Warschau: Überweitung 18,45. Budapest: bar 64,10—64,40, Prag: Überweitung 378,00. Mailand: Überweitung 214,50.

Warschauer Börse vom 12. Januar. Umsätze, Verlauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Warschau —, Oslo —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,70, 358,60 — 356,80, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 43,36—43,14 (Transfert 43,25—43,25), New York 8,90, 8,92 — 8,88, Oslo —, Paris 34,85%, 34,95 — 34,78, Prag 26,40, 26,46 — 26,34, Riga —, Schweiz 171,60, 172,03 — 171,17, Stockholm —, Wien 125,35, 125,66 — 125,04, Italien 46,66, 46,78 — 46,54.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 12. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01%, Gd. 25,01% Br., New York —, — Gd. — Br., Berlin —, — Gd. — Br., Warschau 57,76 Gd. 57,91 Br. Noten: London —, — Gd. — Br., Berlin 122,147 Gd. 122,723 Br., New York —, — Gd. — Br., Kopenhagen —, — Gd. — Br., Warschau 57,73 Gd. 57,88 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Devisen- kurse	Für drahtlose Auszah- lung in deutscher Mark	In Reichsmar-		In Reichsmar-	
		12. Januar Geld	Brief	11. Januar Geld	Brief
5,48%	Buenos-Aires 1 Pe.	1,770	1,774	1,769	1,773
—	Canada 1 Dollar	4,195	4,203	4,195	4,203
—	Egypt 1 Den.	1,915	1,919	1,910	1,914
—	Kairo 1 q. Bd.	20,906	20,946	20,905	20,945
4,5%	Konstantin 1 tri. Bd.	2,044	2,048	2,046	2,050
5%	London 1 Bd. Ster.	20,388	20,428	20,388	20,428
—	New York 1 Dollar	4,2345	4,2125	4,2040	4,2120
—	Rio de Janeiro 1 Milt.	0,500	0,502	0,500	0,502
—	Uruguay 1 Goldpe.	4,236	4,304	4,296	4,304
4,5%	Amsterdam 100 fl.	188,60	168,94	168,67	169,01
10%	Athen 5,43%	5,435	5,445	5,44	5,45
10%	Brüssel-Ant. 100 Fr.	58,42	58,54	58,41	58,53
8%	Danzig 100 Guld.	81,48	81,64	81,48	81,64
7%	Helsingfors 100 fl. M.	10,589	10,589	10,562	10,583
6%	Italien 100 Lira	22,00	22,04	21,99	22,03
7%	Jugoslawien 100 Din.	7,380	7,394	7,378	7,392
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112,14	112,36	112,10	112,36
5%	Lissabon 100 Esc.	18,48	18,52	18,48	18,52
5,5%	Oslo-Chrift. 100 Kr.	111,04	112,26	112,16	112,26
3,5%	Paris 100 Fr.	18,425	16,465	16,425	16,465
5%	Prag 100 Kr.	12,443	12,463	12,442	12,461
3,5%	Schweiz 100 Fr.	80,86	80,02	80,88	81,04
10%	Sofia 100 Leda	3,023	3,035	3,029	3,035
5%	Spanien 68,62	68,76	68,63	68,77	68,72
4%	Stockholm 100 Kr.	112,33	112,61	112,37	112,59
3,5%	Wien 59,08	59,20	59,09	59,21	59,21
7%	Budapest 73,28	73,42	73,29	73,43	73,43
8%	Warschau 100 Zl.	47,05	47,25	47,05	47,52

Südlicher Börse vom 12. Januar. (Amtlich.) Warschau 58,20, New York 19,70, London 25,20%, Paris 20,31, Wien 73,10, Prag 15,38, Italien 27,19, Belgien 72,22%, Budapest 90,85%, Helsingfors 13,08, Sofia 5,74%, Holland 208,45, Oslo 138,55, Kopenhagen 138,60, Stockholm 138,95, Spanien 84,87%, Buenos Aires 2,18%.

Tolso 2,37%, Rio de Janeiro —, Budapest 3,12, Athen 6,71%, Berlin 123,52%, Belgrad 9,12%, Konstantinopel 2,53, Brit.-Dist. 4%, %, Tägl. Ver. 0 — %.

Die Bank Polstki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl. do. II. Scheine 8,84 Zl. 1 Bd. Sterling 43,08 Zl. 100 Schweizer Franken 171,91 Zl. 100 franz. Franken 34,73 Zl. 100 deutsche Mark 211,06 Zl. 100 Danziger Marken 172,26 Zl. 100 Sch. Krone 26,29 Zl. österl. Schilling 124,85 Zl.

Aktienmarkt.

Pozener Börse vom 12. Januar. Fest verästigte Werte: 5proz. Dollar — Prämieneleihe 103 G. 4proz. Investitionsanleihe 114 G. — Bank- und Industrieaktien: Bank zw. Sp. Barob. 88 G. Cegielki 45 G. C. Hartwig 46 G. Herzfeld-Vittori 55 G. Luban 70,00 G. R. Mai 113—114—113,50 G. Sp. Stolarsta 50 G. Tendenz: anhaltend.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Pozener Getreidebörsie vom 12. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Pozen.

Richtpreise:	
Weizen	42,00—43,00
Roggen	33,50—34,00
Weizenmehl(65%)	59,50—63,50
Roggenmehl(65%)	—
Roggenmehl(70%)	47,50
Hafer	30,50—31,50
Braunernte	34,00—36,00
Mahlgerste	—
Weizenkleie	25,25—26,25
Roggengleie	25,50—26,50

Geamtendenz: beständiger. Erstklassige Braunernte über Notiz.

Berliner Produktionsbericht vom 12. Januar. Getreide und Dölfel für 1000 kg. sonst für 100 kg. in Goldmark. Weizenmärkte 204—206, März 223, Mai 231,50, Juli 239,50—235, Roggenmärkte 203—205, März 221,50—222, Mai 231,50—232, Juli 232,50—232, Gerste: Braunernte 218—236, Rüttler- und Industrieerde 192—200, Hafermärkte 198—204, Mai 232, Juli 236,5, Mais 228—230, Weizenmehl 25,50—28,50, Roggenmehl 26—28,15, Weizenkleie 15,00 bis —, Roggenkleie 14,30—14,40, Raps —, Bitteriaerbien 41—47, Kleine Speiserbieren 32—36, Rüttlererbien 21—24, Rüttelbohnen 21—23, Widen 26—28, Lupinen, blau 15,50—16,50, Lupinen, gelb 18,00—18,50, Seradella, neue 40—44, Rapstuchen 19,90—20,30, Leintuchen 25,00 bis 25,20, Trockenknüte 13,20—13,70, Sonnacrot 22,00—22,30, Kartoffelknüte 18,50—19,20.

Tendenz für Weizen matt, Roggen matter, Gerste und Hafer ruhig, Mais stetig, Weizenmehl still, Roggenmehl ruhiger, Weizen- und Roggenkleie stetig.

Berliner Butternotiz vom 12. Januar. Im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht u. Gebinde zu Last des Käufers. Butter: I. Qu. 1,82, II. Qu. 1,78, III. Qu. 1,57. Tendenz: freundlich.

Berliner Eiernotiz vom 12. Januar. Ausländische Eier: 18er Dänen —, 17er Dänen —, große 14%, 16, normale 13%, bis 14%, kleine u. Schmalz 11%, 12%.

Materialienmarkt.

Nähleder. Bromberg, 12. Januar. Großhandelspreise lotto Bromberg je Kg. in Zloty: Nähleder 2,40—2,60, langwolliges Schafleder 2,40—2,60, kurzwolliges 2,20—2,40; Preise je Stück: Kalbleder 14—15, Ziegenleder 10—12, Pferdeleder 25—30. Tendenz: schwach.

Metalle. Bau- und Brennmaterialien. Warschau, 12. Januar. Es werden folgende Preise lotto Lager (in Zloty je Kg.) notiert: Banta-Zinn 14,80, Aluminium 5,10, Blei 1,40, Zinkblech 1,70, verzinktes Blech 1,20, eisernes Dachblech 0,99, Eisen 0,47, Eisenbalzen 0,52, Hufnägel die Kiste 21, Cement das Fässchen 20,50, feuerfeste Ziegel das Stück 0,22, Karbid 100 kg. 68, überseefrische Groß- und Würfelfohle die Tonne 44 Zloty.

Geflügelmarkt.

Berliner Geflügelnotiz vom 12. Januar.

Amanullah in Bedrängnis.

Die englischen Agenturmeldungen ist ein Teil der Armee des Königs Amanullah von Afghanistan desertiert und hat die Aufständischen, die unter der Führung von Bacha-i-Saqao stehen, gestärkt. Diese Nachrichten sind ein Beweis dafür, daß die Bewegung gegen den König doch einstweilen solchen Umfang angenommen hat, daß Amanullahs Stellung selbst durch den bedingungslosen Widerruf seines großzügigen Reform-Programms nicht gesichert werden könnte. Die Armee war bisher neben einer Reihe von treuen Stämmen das einzige Machtmittel, das ihm zur Unterwerfung seiner Gegner zur Verfügung stand, jedenfalls wiesen alle Nachrichten bisher immer auf die Zuverlässigkeit des Heeres hin.

Wenn jetzt auch die regierungstreuen Truppen zu meutern beginnen und sich auf die Seite der Aufrührer stellen, so geht daraus hervor, daß nicht nur der Streit um die Reformen die Ursache für die Revolution gewesen ist, sondern daß darüber hinaus schwere Differenzen auf anderen Gebieten noch vorhanden sein müssen.

Nach einigen Erfolgen ist, wie es scheint, der König wieder auf ernsthafte bedroht, jedenfalls haben seine Gegner jetzt wieder mehr Aussicht, ihren Kampf zu gewinnen. Englische Meldungen sprechen weiter von neuen schweren Kämpfen zwischen den Anhängern von Bacha-i-Saqao und regierungstreuen gebliebenen Truppen. Russische Flieger haben in den letzten Tagen 25 russische Frauen nach Tschinkent gebracht.

Neue Angriffe gegen den Kellogg-Bertrag.

„Der Traum eines Wahnsinnigen“.

Washington, 11. Januar. Nachdem die Bemühungen der Anhänger des Kelloggischen Vertrags im Senat, die eine rasche Ratifizierung des Kriegsächtungskonvents durchsetzen wollten, nunmehr endgültig gescheitert sind, haben die Gegner des Vertrags ihre Offensive begonnen. Die Senatorn Bruce und Moses äußerten schwere Bedenken gegen die Ratifizierung. Moses erklärte unter anderem, es sei an und für sich als Traum eines Wahnsinnigen anzusehen, fünfjährige Kriege durch den Kelloggischen Vertrag beendigen zu wollen; außerdem sei er der Überzeugung, daß eine Annahme des Vertrags gerade das zur Folge haben würde, was man vermeiden wolle: den Eintritt Amerikas in den Völkerbund und in das Haager Weltgerichtsgericht.

Bertrauen für Poincaré.

Geschlossene Opposition der Linken.

Poincaré hat in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend nach Abschluß der Interpellationsdebatte über die allgemeine Politik seine Mehrheit erhalten. Das Misstrauensvotum der Radikalen wurde mit nur 317 gegen 253 Stimmen abgelehnt und das von dem Alterspräsidenten Sibille eingebrachte Misstrauensvotum mit 325 gegen 251 Stimmen angenommen. Gegen die Regierung gestimmt haben die Kommunisten, die Sozialisten und die Radikalen.

Dass dieses Resultat gerade ein Sieg für das Kabinett Poincaré sei, will der Pariser Korrespondent der „Voss. Zeit.“ nicht ohne weiteres behaupten. Poincaré hat sich zwar im Laufe seiner dreistündigen Rede dagegen vertheidigt, daß er einem Rechtskabinett, einem Kampfkabinett präsidieren, aber das Abstimmungsergebnis hat ihn dementiert. Er hat alle Stimmen der Linken gegen sich. Seine Mehrheit ist ausgeprochen rechts gerichtet.

Einige kleine bezeichnende Zwischenfälle machen die Lage des Kabinetts noch deutlicher. Gegen Schlüß seiner Rede konnte sich Poincaré, dessen kalte, spitze, allzu methodische Redefähigkeit eine Versammlung nicht erwärmen kann, über die mangende Aufmerksamkeit der Kammer beschworen. Er protestierte gegen diese „Unehrerlichkeit“ und erklärte er werde nicht zulassen, wenn man ihm später vorwerfen sollte, er habe etwa kein greifbares Programm entwidelt, man brauche nur aufzupassen und zuzuhören. Der Kammerpräsident Buissón gab dem erregten Regierungschef mit allem Respekt zu verstehen, daß er für seine dreistündige Rede wirklich mehr als jeder andere Kammerredner jede wünschenswerte Aufmerksamkeit erhalten und daher keinen Grund zur Beschwerde habe.

Nicht unerwähnt bleiben darf schließlich noch ein weiterer Zwischenfall, der bereits einen Vorgeruch für die bevorstehende Debatte über Elsaß-Lothringen gibt. Nach der Rede des radikalen Parteiführers Daladier, die die allgemeine Aussprache abschloß, trat eine Reihe von Rednern zu kurzen Erklärungen über die Stimmenabgabe auf. Auch der elsißische Abgeordnete Walter hielt es für notwendig, sein Misstrauen gegen die Regierung zu erläutern. Die Misstrümmerung im Elsaß sei, so erklärte er, ausschließlich auf die verfehlte Regierungspolitik zurückzuführen. Wie von der Tarantel gestochen fuhr Poincaré hoch. „Warten Sie nur bis zur Aussprache über Elsaß-Lothringen“, rief er ihm in schneidendem Tone zu. „Ich werde dann die ganze Infamie Ihrer Autonomistenpresse brandmarken. Ich werde vor Ihnen Texte zitieren, die Ihnen die Schamröte ins Gesicht jagen. Und wenn Sie nicht erröten, dann haben Sie keine Scham im Leibe.“ — „Nein, er wird sicherlich nicht erröten“, rief der sozialistische Abgeordnete von Mühlhausen, Grumbach, dazwischen.

Die Rede Poincarés gipfelte in der Versicherung, daß es von der ersten Stunde des Kabinetts der nationalen Einheit an in den Fragen der internationalen Politik niemals einen Gegensatz zwischen ihm und seinem Außenminister gegeben habe. Auch hinsichtlich der angestrebten und nunmehr in die Wege geleiteten Endlösung der Reparationsfrage sei er stets mit Briand einer Meinung gewesen. Die auf Grund der Genfer Vereinbarung zwischen Deutschland und den fünf alliierten Hauptmächten geführten Verhandlungen hätten zu einer Einigung über die Einziehung eines neuen Experten-Komitees geführt, dessen Aufgabe es sein werde, Vorschläge für eine endgültige und abschließende Lösung des Reparationsproblems zu machen.

Ein meineidiger Abgeordneter.

Am vergangenen Donnerstag, dem 10. d. M., stand vor der Strafkammer des Katowitzer Landgerichts der Meineidssprozeß gegen den regierungssozialistischen Abgeordneten Rumfeld statt. Wie bekannt, trat Abgeordneter Rumfeld f. Z. in dem Beleidigungsprozeß gegen den Abgeordneten Wieschulla und den inzwischen verstorbenen Abgeordneten Borys als Zeuge auf. Da Rumfeld in seiner Eigenschaft als Zeuge angeblich falsche Aussagen gemacht hatte, wurde gegen ihn ein Meineidsverfahren eröffnet. Als Belastungsszenen traten diesmal gegen Rumfeld der Abgeordnete Wieschulla, Redakteur Bościszowski und der frühere Verbandssekretär Bielski auf, die vor Gericht ausführten, daß der Angeklagte Rumfeld vor längerer Zeit in Anwesenheit verschiedener Personen die Äußerung laut werden ließ, daß der polnisch-sozialistische Abg. Binišiewicz und dessen Tochter Bintšanová begangen hätten. Diese Anschuldigung soll nun Rumfeld bei der Ver-

nehmung als Zeuge als unmöglich hingestellt und energisch bestreitet haben. Auch bei der letzten Vernehmung erklärte der Angeklagte Rumfeld vor Gericht erneut, daß die gegen ihn erhobenen Anmürfe nicht den Tatsachen entsprachen. Gedane waren ferner als Zeugen der Abgeordnete Binišiewicz, Fran Biniškiewicz und der Abgeordnete Lubos, die darauf hinwiesen, daß zwischen dem Angeklagten und Biniškiewicz ein harmonisches Verhältnis bestand und demzufolge angenommen werden müsse, daß böswillige Verleumdung gegen Rumfeld vorliege, der sich keineswegs in einer solch abfälligen und verleumderischen Weise über Biniškiewicz und dessen Tochter ausgesprochen haben könne.

Der Anklagevertreter wies jedoch auf andere belastende Zeugenaussagen hin und beantragte für den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht verurteilte den Abgeordneten Rumfeld wegen Meineids ans Fahläsigkeit zu drei Monaten Gefängnis. Diese Strafe wird durch Amnestie aufgehoben.

Der „Durchleser Kurier“ bemerkte zu diesem milden Urteil: „Wenn der Abg. Rumfeld auch durch den Glücksguss der Amnestie einer Bestrafung entgangen ist, so wird man sich doch sehr ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob ein Mann, der wegen fahrlässiger Meineids verurteilt worden ist, noch die nötige Qualifikation für das Amt eines Volksvertreters hat, das doch persönliche Rechtlichkeit als erste Voraussetzung erfordert.“

Mix-Seife

die beste, die billigste.

§ Von einem Taschendiebe bestohlen wurde am 12. d. M. die Schönwälder Edwiga Erenka, Kujawierit. 26, als sie in der Kapelle, Danzigerstraße 140, zu einem kurzen Gebet niedergelitten war. Der unbekannt entkommene Täter entwendete ihr eine Handtasche mit etwas Bargeld und Dokumenten.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Der unüberrossene Maskenball der „Sportbrüder“, des Vereins für Tennis und Racketsport, der sich einer von Jahr zu Jahr steigenden Beliebtheit erfreut, findet diesmal am 1. Februar im Zivilkasino statt. Eintrittsgehalt trotz des reichhaltigen Programms an Überraschungen nur 3,00 Zloty. Wir bitten unsere Freunde und Gönner, die eine Einladung für sich oder ihre Bekannten zu erhalten wünschen, diese rechtzeitig bei Herrn Kaufmann Walter Bunn, Danzigerstraße 14/5, zu beantragen. Bei dem zu erwartenden großen Zuspruch müssen die Anmeldungen rechtzeitig erfolgen, da zu späteren Umläufen nicht mehr berücksichtigt werden können.

§ Benišov (Bajazyn), 12. Januar. Im Jahre 1928 wurden in der evangelischen Kirchengemeinde: 19 Kinder getauft, 13 Paare getraut, 10 Knaben und 20 Mädchen konfirmiert. Abendmahlsgäste wurden 1882 gezählt. Todesfälle ereigneten sich im ganzen 31, und zwar starben 7 Kinder, 8 Männer und 16 Frauen. — In Miedzichowo fand der von der Filiale Neutomischel abgehaltene Buchführungsseminar am Mittwoch im Niemerschen Saale sein Ende durch eine abschließende Feier, die sehr harmonisch verlief. — Die staatliche Forstverwaltung Bolewice veranstaltete am 18. d. M. im Lokale von Kazmaret daselbst um 9½ Uhr eine öffentliche Holzversteigerung von Brenn- und Nutzholz für die einheimische Bevölkerung. Händler sind diesmal ausgeschlossen.

* Czarnikau (Czarnikow), 13. Januar. Verabredung eines Gemeindemärtedes. Auf dem Wege zwischen Schneidemühlchen und Kamiensk im Kreise Czarnikau wurde der Gemeindemärtde Eduard Groß von drei Männern überfallen, die ihm unter Bedrohung mit Revolvern 2581 Zloty in bar, das Fahrrad und eine Aktentasche raubten. Nach der Tat sind die Räuber im nahen Walde entkommen.

ak Rakel (Rakko), 12. Januar. Die hiesige Zuckerfabrik hat gestern die diesjährige Kampagne beendet. Eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen sind nun wieder ohne Verdienst. — Wie wir hören, soll, um der Not der Arbeitslosen zu steuern, von nun an wieder die Suppenküche eröffnet werden. — Ein Schneidermeister Pofora in der Berlinerstraße. Das Feuer wurde bald gelöscht. Um 1/21 Uhr nachts brannte wiederum die Feuerküche. Dieses Mal brannte ein Getreidespeicher auf freiem Felde, dem Landwirt Bruckwitz gehörig. Die Ursache in beiden Fällen ist noch unbekannt.

§ Wollstein (Wolsztyn), 12. Januar. Infolge Grippeerkrankungen von fast 75 Prozent der Schüler ist das hiesige staatliche Lehrerseminar auf die Dauer von 14 Tagen geschlossen. — Gute Jagdergebnisse zeigten die Jagden auf der 14 000 Morgen großen Herrschaft Köbnitz (Chobrenice), dem Grauen J. Mielczynski gehörig. An zwei Tagen wurden 1386 Hasen, 80 Fasane, 2 Füchse und 29 Kaninchen geschossen. Jagdfeste wurde am 1. Tage Graf Kunratowski-Gosciczyński und am 2. Tage Gräfin Winniza aus Gutowo, die Gattin des früheren Wojewoden. An der Jagd beteiligten sich 18 Schützen. — Ein gleich gutes Ergebnis hatte die Jagd auf dem Gutsbesitz der Herrschaft v. Wenckebach-Belenin, wobei bei 4500 Morgen Terrain von 13 Schützen 389 Hasen, ein Fuchs und 29 Kaninchen geschossen wurden. — Der gestrige Wochenmarkt war schwach besucht. Die Butter brachte nur 2—2,20. Eier kosteten dagegen die Mandel 4,50. — Der Naturheilkundige Samuel aus Roszarewo wurde gerächtlich mit 14 Tagen Gefängnis bestraft, welche Strafe jedoch in eine Geldbuße von 140 Zloty umgewandelt wurde. Es hatte eine selbst hergestellte Medizin an einen seiner Patienten verabreicht, die durch den Sachverständigen Apotheker Skrzypczak aus Lissa als reines Wasser festgestellt wurde. Der Entschuldigung, daß die angebliche Medizin eine homöopathische Lösung eines Medikaments in 1000facher Verdünnung darstelle und inzwischen verdorben sei, wurde kein Glauben geschenkt. Als weitere Sachverständige nahmen teil Kreisarzt Dr. Nowak und Apotheker Piechocki von hier.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsanmeldung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar und können überdies diesen Betrag gegen eine spätere fändige Schul auf Grund des Kaufvertrages aufnehmen.

§ 100. 1. Der jetzige Eigentümer des Grundstücks braucht nur mit 10% Prozent = 839,11 Zloty aufzumuntern. 2. Das Einkommen ist nur fändbar, soweit es 1500 Mark jährlich übersteigt. 3. Eine Kavution gehört nicht zu den Objekten, die nicht fändbar werden können. 4. Sie sind für nur für 18% Prozent fändbar

Frieda Mühlbradt
Erich Konrad

Verlobte
Ustaszewo Januar 1929.

Jabłowo 937

Gutssekretär od. Sekretärin

f. landw. Buchhaltung sofort gesucht. Polnisch Sprache in Wort und Schrift erwünscht, vertraut. Abrechnungsarbeit. Off. mit Gehaltsanträg. unt. E. 906 a. d. Gt. d. 3.

Tiefbetrübt geben wir bekannt, daß unser liebes, kleines Töchterchen, mein liebes Schwestern, unsere liebe Enkelin und Nichte

Johanna

heute im Alter von 6 Monaten an der Grippe verschieden ist. Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, Der Name des Herrn sei gelobt.

Otto Bumle u. Frau Bertha geb. Schröder. Czecyn, pow. Tuchola, den 12. Januar 1929.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 16. d. Mts., um 2 Uhr nachm. vom Trauerhaus aus Stait. 945

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes

Jan Emil Görle innigsten Dank.

Martha Görle.

Bydgoszcz, den 14. 1. 29. 789

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken herzlichst

Herbert Weiß und Frau Käthe geb. Rinno. Awicisewo, den 14. Januar 1929.

Vorträge zur Weltanschauung.

Dienstag, den 15. d. Mts., um 8 Uhr im Zivilcasino:

Ec. Dr. Künneth aus Berlin: Die Kirche in der religiösen Krisis der Gegenwart.

Mittwoch, den 16. d. M., Evang. Gemeindehause Elisabethstrasse

Generaluperintendent D. Blau: Das Jesusbild in der neueren Literatur.

Donnerstag, den 17. d. Mts., um 8 Uhr im Gemeindehause:

Superintendent Ahmann: Das alte Testament und der Antikristianismus.

Eintrittskarten zu 1,20 zt für jeden Vortrag, für alle 3 Vorträge zu 3 zt am Eingang. Schülerkarten kosten die Hälfte. 837

Oto grafien

zu staunend billigen Preisen

Passbilder

sofort mit zunehmen

nur Gdańskia 19.

nh. A. Büdiger. Tel. 120.

Erfolgr. Unterricht i. Franz., Engl., Deutsch (Gram., Konv., Handelskorresp.), erl. frz., engl., deutsche Übersetzung fertigen an

Z. u. A. Turbach, (Igl. Aufenth. i. Engl. u. Frz.). Cieszkowsk. (Moltkestr.) 11, I. 544

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens

bearbeiter allerlei Verträge. Testamente, Erbschaften, Auflösungen, Hypothekenabschüttung, Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3, beim Schlachthaus.

Buchführung und Steuerberatung erledigt. Stundenweise ältere, erfah. Buchhalterin, Ges. Off. u. h. 790 a. d. Geschäftsf. d. Zeitg.

Damen-, Herren- und Kinderschuhe

eigen. Ausführung, verf. zu billigen Preisen

Bol. Pruss., Dlugi 51

827

Offene Stellen

Zum 15. 2. cr. suche einen fleißigen, jungen

Wirtschaftsbeamten

für d. Gut Ciechowen.

Zeugnisse erbitte in Abdruck, welche nicht

zurückgelangt werden.

Ges. Offerten a. Gutsverwaltung Ciechowen

pocza Starogard (Pomorze). 930

931

Zischler

3-4000 zt Vermögen findet Dauerstellung u. evtl. Beteiligung in Holzwaren-Fabrik Klawon, Skarszewy Reisende gesucht.

Friseurgehilfe

Bibulopschneider kann eintreten. Milbrot, Neuteich, Freie Stadt Danzig. 939

Suche zum 1. 4. 29

hofinspектор

der die Führung der

Wirtschaftsbücher und

die Verwaltung der

Gutsvorsther gesucht

der kleinen elektr.

Zentrale zu über-

nehmen hat. 870

H. Wendorff,

Ziechowa, p. Gniezno.

Suche f. ca. 400 Mrg.

große Riedungswirt-

schaft mit starkem

Zudrüberbau zum

1. oder 15. März evgl.

Paul Borrmann,

Kowalewo, Pomorze

833

Suche zum 1. Februar

Eleven.

Angebote bitte

richten an

Joh. Thabrt,

Mal. Waldznowy,

p. Wielkie Walichnowy,

pov. Gniezno.

846

Suche zum 1. 4. 29

Eleve

vom 1. Februar gesucht.

Rhode, Granowo,

p. Silno, pov. Chojnice.

Bom. 1. Februar oder

später unverheiraten

Rechnungsführer,

der polnischen Sprache

und Schrift, zw. Ma-

schinendrift mächtig,

gesucht. Meldungen

mit Lebenslauf und

Zeugnisauftrag, erbeten

an Administrator

H. Penner, Zajęczkovo,

p. Mitobadz, pov. Tczew.

840

Suche per 1. 4. 1929

einen Wirt

mit Schärwertern,

Siede, Zameczysko,

p. Bydgoszcz,

(Pomorze). 933

934

Gauß. Meller

sucht, für 18 Milchkühe

u. Jungvieh, sucht ab

1. 4. 29. Franz Wunsch.

Rudat, v. Toruń II. 925

Wir suchen von sofort

einen jung. Mann als

Förster

(Försterlohn) mit nur

gut, Zgn. u. Empfehl.

welch. M. Kult., Saatt.

u. Polnisch. Fischerei

und Bienenzucht vollst.

vertraut ist, auch in

Gärt. Kenntn. u.

Deutsch. Offerten sind

zu richten unt. D. 932

an die Geschäftsst. d. 3.

Suche zum 1. Februar

Eleven.

Angebote bitte

richten an

Joh. Thabrt,

Mal. Waldznowy,

pov. Gniezno.

848

Suche zum 1. Februar

Eleve

vom 1. Februar gesucht.

Rhode, Granowo,

p. Silno, pov. Chojnice.

Bom. 1. Februar oder

später unverheiraten

Rechnungsführer,

der polnischen Sprache

und Schrift, zw. Ma-

schinendrift mächtig,

gesucht. Meldungen

mit Lebenslauf und

Zeugnisauftrag, erbeten

an Administrator

H. Penner, Zajęczkovo,

p. Mitobadz, pov. Tczew.

840

Suche per 1. 4. 1929

einen Wirt

mit Schärwertern,

Siede, Zameczysko,

p. Bydgoszcz,

(Pomorze). 933

934

Suche zum 1. Februar

Eleven.

Angebote bitte

richten an

Joh. Thabrt,

Mal. Waldznowy,

pov. Gniezno.

848

Suche zum 1. Februar

Eleve

vom 1. Februar gesucht.

Rhode, Granowo,

p. Silno, pov. Chojnice.

Bom. 1. Februar oder

später unverheiraten

Rechnungsführer,

der polnischen Sprache

und Schrift, zw. Ma-

<